

# Dresdner Volkszeitung

Verlagsamt: Dresden  
Raben & Comp., Nr. 1268

Organ für das werktätige Volk

Verlagsamt: Ecks, Spitzhaus, Dresden.  
Raub der Arbeiter, Anwälte  
und Beamten, U.-G., Dresden.  
Gefürbter Krebs, Dresden.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Bei Eintritt von Änderungen insbesondere Art. 10 ist durch oder ohne Gehalt höherer Stellen, bei der Verleiher der Dresdner Volkszeitung keine Rücksicht auf Rückzahlung des Bezugspreises oder auf Rücklieferung der Zeitung.

Abendpreis einschließlich Postgebühr mit der täglichen Unter-  
haltungskosten 20 Pfennig, halbjährlich 120 Pfennig, einjährlich 240 Pfennig.  
Telegraphisch: Dresdner Volkszeitung

Schriftleitung: Bettendorfer 10, Fernsprecher Nr. 2361. Sonntags-  
Runde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.  
Geschäftsstelle: Bettendorfer 10, Fernsprecher Nr. 2361 und 1277.  
Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachmittags.

Abendpreis. Grundpreise: die 30 mm breite Normalgröße  
zelle 20 Pf., die 30 mm breite Kleinformatgröße 200 Pf., für ansonstige  
Anzeigen 40 Pf. und 250 Pf. Samstagsausgaben, Stellen- und Verlei-  
gerichte 40 Pf. Abteil. für Kleinanzeigen 10 Pf.

Nr. 216

Dresden, Freitag den 14. September 1928

39. Jahrg.

## Ueberfluß und Not

Kohle und Zucker — Reichsminister Koch über das Kartellproblem

In den kapitalistischen Ländern leiden Millionen Arbeiter Not. In den Industrieländern Europas, besonders in Deutschland und England, konnte man seit Jahren das Gespenst der Massenarbeitslosigkeit nicht bannen. In fast allen Ländern herrscht eine drückende Wohnungsnot, die immer auf der Bevölkerung lastet. Aber während große Teile der Bevölkerung unter Mangel und Elend leiden, sehen wir auf der anderen Seite, wie gewaltige Werte sinnlos verstreut werden, weil es an der nötigen Planmäßigkeit der Wirtschaft fehlt. Bekannt ist ja, daß man in den vertriebenen Amerikas Getreide zum Heizen von Kaminen verwendete, weil man es nicht „verwerten“ konnte, trotzdem es so viele gibt, die sich nicht einmal satt essen können.

In der Kommission für Wirtschaftsfragen in Genf macht nicht der bekannte französische Arbeitsminister Renaudie den Vorschlag, eine internationale Konferenz für die Regelung der Uebererzeugung an Kohle und Zucker einzuberufen. Frankreich, so führte er dabei aus, habe großen Wert auf das Zusammenarbeiten einer internationalen Konferenz für die Prüfung der Frage von Kohle und Zucker. Wenn der Völkerbund keine Schritte für eine weltweite Konferenz tue, so bestehe die große Gefahr, daß die erzeugenden Staaten zusammentreten und den verbrauchenden Staaten ihre Güter diktieren.

Das seit Jahren die Hauptkohlenländer, besonders England und Deutschland, an einer Kohlenkrise leiden, ist nur allzu gut bekannt. Unmittelbar nach dem Kriege litt die Welt aufs schwerste unter einer drückenden Kohlennot. Aber recht schnell wurden die durch den Krieg zerstörten Produktionsanlagen wieder aufgebaut. Die Leistungsfähigkeit der Kohlenarbeiter ist infolge der Rationalisierung erheblich gesteigert. Kohle wurde vielfach durch Wasserkraft und Erdöl ersetzt und die Fortschritte der Wärmetechnik ermöglichen große Ersparnisse an Kohlen.

Der Zucker hat schon in der Vorkriegszeit unseren Produktionsmännern und Volkswirten mancherlei Kopfzerbrechen bereitet. Schon damals stellte sie die Konkurrenz der Zucker erzeugenden Länder und die Uebererzeugung vor schwierige Probleme, und auf internationalen Zuckerkonferenzen suchte man nach einem Ausweg. Während des Krieges ging die Uebererzeugung in den europäischen Ländern stark zurück, dafür entwickelte sich aber in großem Maße die Uebererzeugung in den jüdischen Ländern, besonders auf der großen mittelamerikanischen Insel Kuba. Nach dem Kriege nahm allmählich die Uebererzeugung der Uebererzeugenden wieder zu, und jetzt weiß man nicht, wozu man sie jagen soll. Also zuviel Kohle und zuviel Zucker, und dabei gibt es Hungerlinder, die frieren sterben, weil sie nicht genug Kohle kaufen können, und Hungerlinder, die hungern müssen, weil es ihnen am Geld zum Ankauf der notwendigen Nahrungsmittel fehlt. Das ist eben die kapitalistische Wirtschaftsordnung.

Kritisch sieht die kapitalistische Gesellschaft heute nicht mehr so aus, wie vor zwanzig oder dreißig Jahren. Die Kapitalisten haben vielfach mit Erfolg versucht, die Nachteile der Mangel an planmäßiger Wirtschaft in den Gebieten von niedrigen Preisen und geringem Profit zu beseitigen. So sehr es der kapitalistischen Wirtschaft im allgemeinen an Organisation fehlt; unsere Industriekapitalisten sind vielfach heute schon glänzend organisiert. Fast allenthalten bilden sich in den modernen Industriestaaten Kartelle, deren Aufgabe es ist, den preisdrückenden Wettbewerbs auszuscheiden, und in einigen Industriezweigen sind Kartelle entstanden — Kartelle, die den größten oder wenigstens einen großen Teil der Betriebe eines Wirtschaftszweiges in einer Hand zusammenfassen. Die Erzeugung hat gezeigt, daß besonders die Kartelle durchwegs nicht dazu geeignet sind, Unwirtschaftlichkeit und Verschwendung zu verhindern, im Gegenteil, ihrer Preispolitik ist es zu verdanken, daß rückständige, technisch unvollkommene Erzeugnisse künstlich erhalten bleiben, daß viel mehr Unternehmungen entstehen als erforderlich sind, weil allzu viele von dem guten Gewinn teilnehmen wollen, den die Kartelle ihren Mitgliedern zu sichern suchen. So kommt es häufig vor, daß mit großen Kosten errichtete Betriebe stillgelegt werden. Dafür aber verstehen es die Kartellorganisationen, die modernen Industriekapitalisten sehr gut, die Bevölkerung durch hohe Preise auszubeuten und infolge ihrer großen wirtschaftlichen Macht verfügen sie auch oft über einen gebührend politischen Einfluß. Auf ihrer Tagung in Hannover erhoben die Gewerkschaften mit aller Entschiedenheit die Forderung, daß diese Gebilde unter die Kontrolle des Staates und der Arbeiterschaft gestellt werden. Auch in anderen bürgerlichen Kreisen sieht man heute ein, welche Gefahr die ungeheure Macht unterer großkapitalistischer Gebilde für die Allgemeinheit bedeuten kann. Mit dem Kartellproblem soll sich auch der Deutsche Juristentag beschäftigen, der jetzt in Salzburg stattfindet. In einer Begrüßungsrede, die der bekannte Juristengeneral

Koch in Salzburg hielt, führte er aus, wenn der Staat die Kartelle und die Trusts nicht kontrolliere, so könne es dahin kommen, daß die Kartelle und die Trusts den Staat kontrollieren. Wahrscheinlich werden auf dem Juristentag ein paar ganz gute Reden über das Kartellproblem gehalten werden, aber deswegen ist die notwendige Kontrolle über die Kartelle und die Trusts noch lange nicht da.

Ob es gelingt, der Willkür dieser kapitalistischen Riesengebilde Schranken zu setzen, das ist vor allem eine politische Frage. Alle bürgerlichen Parteien stehen heute mehr oder minder unter dem Einfluß des Großkapitals, das alles tun wird, um eine wirkliche Ueberwindung der Kartelle und der Trusts durch die Staatsgewalt zu verhindern. In der Fraktion des Herrn Koch zum Beispiel gibt der Abgeordnete Fischer, Aufsichtsrat in zahlreichen Industriekartellen, der jede Gelegenheit benutzt, um zu predigen, daß sich der Staat überhaupt nicht in die Wirtschaft hineinmischen dürfe. Von unseren bürgerlichen Parteien ist deshalb nicht zu erwarten, daß sie wirklich bereit sind, eine wirkliche Kontrolle der Kartelle und der Trusts herbeizuführen. Das, was hier notwendig ist, wird nur durch den stärksten Druck des kämpfenden Proletariats erreicht werden können, und erst der Sieg des Sozialismus wird dem Zustand ein Ende machen, daß Millionen darben müssen, während gleichzeitig die Welt unter dem Ueberfluß an Gütern leidet, für die sich keine Käufer finden.

## Internationaler Kongreß der Friedensfreunde

T. Genf, 14. Sept. (Eig. Zus.) Der achte internationale Friedenskongreß ist am Donnerstag in Genf eröffnet worden. Der Franzose Max Sanguier und der Engländer Dickenson feierten vor vollem Haus den Völkerbund als erste Verwirklichung des Pazifismus. Der Deutsche Prof. Duidde verlangte die Kriegsschuldung und die Ausdehnung des Kriegsschuldungspaktes auf alle Gewaltanwendungen gegenüber anderen Völkern. Briand habe behauptet, das deutsche Heer sei noch gefährlich und darum sehe er den Zeitpunkt für den ersten Schritt zur Weltabrüstung noch nicht gekommen. Das sei falsch und gefährlich. Das Vertrauen der Völker zum Völkerbund gehe verloren, wenn keine Weltabrüstung erfolge.

## Freispruch der Steuerstreifer

D. Berlin, 14. Sept. (Eig. Zus.) In dem Prozeß gegen den Fideikommissbesitzer Baron Le Fort (Vock), den Rittergutsbesitzer von Gundlach (Wollendorf) und den Geschäftsführer des Kreislandbundes Waren (Titendorf) wegen Aufreizung zur Nichtzahlung von Steuern, deren sich die beiden Erbschaften in einem Rundschreiben an die Landwirte schuldig gemacht haben, erkannte das erweiterte Schöffengericht in Waren (Mecklenburg) auf Freispruch.

Dieser Freispruch im großagrarischen Mecklenburg nimmt nicht wunder, abgesehen das Rundschreiben die Aufforderung zum Steuerstreik ganz klar enthält. Barone und sonstige Adlige, die gegen die „verhaßte Republik“ vorgehen, wird man nicht sobald in Gefängnissen sehen.

## Berständigungsaussicht über die Räumung

T. Genf, 13. September. (Eigener Draht.) Die zweite gemeinsame Besprechung der Besatzungsmächte und Japans mit Deutschland über die Räumung fand am Donnerstag um 10 Uhr bis 12 Uhr statt. Offiziell wurde über den Ausgang mitgeteilt, daß am Sonntag vormittag eine weitere Besprechung stattfinden soll, „da einige Punkte noch der Klärung bedürfen“. Reichskanzler Müller wird an diesen Verhandlungen persönlich teilnehmen. Der französische Außenminister Briand, der am Donnerstag mittags nach Paris gereist ist, wird am Sonnabend abend nach Genf zurückkehren.

Es wäre verfehlt, aus der Tatsache dieser dritten Besprechung vorläufige Schlüsse pessimistischer oder optimistischer Art zu ziehen. Berechtigt dürfte die Annahme sein, daß Frankreich sich des Gedrucks der deutschen Argumente nicht ganz entziehen kann, sondern ernsthaft sowohl die Möglichkeit einer entgegenseitigen Räumung der Zone durch die Räumung der zweiten Zone als auch ernstliche Verhandlungen über eine frühere Räumung der dritten Zone erwägt. Ferner öffnet die Tatsache, daß Deutschland ebenso wie Frankreich an einer baldigen Regelung der Reparationsangelegenheit interessiert ist und infolgedessen selbständigen Verhandlungen über die Reparationsfrage gern zustimmen würde, einen Weg zur Verständigung. Dagegen scheint wieder die Frage einer künftigen Rheinlandkontrolle die Verständigung zu erschweren.

Die Berichte rechtsstehender bürgerlicher Blätter, daß im Verlauf der Verhandlungen auch die Anstiftungsfrage aufgeworfen worden sei oder eine Teilnahme der Kleinen Entente an den Besprechungen beabsichtigt ist, sind vollkommen grundlos.

### Die Verhandlungsbasis gefunden

P. Paris, 13. September. (Eig. Draht.) Die Berichte, die sich die Pariser Presse von ihren Genfer Vertretern über die Räumungsverhandlungen drachten, läßt sich zwar noch sehr knapp, aber alle durchweg auf einen sehr optimistischen Ton abstimmt. Der Korrespondent des Temps bezeichnet es als einen interessanten Fingerzeig, daß Reichskanzler Müller seinen Genfer Anwaltverwalter und Briand sich sofort nach Beendigung des Ministerrats am Freitag in Paris zur Rückreise nach Genf entschlossen habe. Die offizielle Davaas-Agentur übertrug dem Bericht der Genfer Konferenz, am nächsten Sonntag schon wieder eine Besprechung abzuhalten, zeigte deutlich genug, daß man eine Verhandlungsbasis gefunden habe und daß Reichskanzler Müller neue, weitergehende Vorschläge gemacht haben müsse. Jedenfalls stelle die Donnerstagstagung der Genfer Konferenz eine bedeutsame Etappe in den Räumungsverhandlungen dar, die schon jetzt eine Einigung für eine nähere oder fernere Zukunft als durchaus möglich erscheinen lasse.

### Die Kontrollfrage

P. Paris, 13. September. (Eig. Draht.) In der Pariser Presse geht die Diskussion über die von Deutschland zu verlangenden Sicherheitsgarantien weiter. Außer den Unentgeltlichen protestiert niemand gegen den Gedanken einer doppelteigen Kontrolle der deutsch-französischen Grenze. Die Stimmen mehren sich vielmehr, die die gleichmäßige Behandlung Deutschlands und Frankreichs bei dieser Kontrolle als einzig ausgleichende Lösung und darüber hinaus als einen bedeutungsvollen Weg zur Verständigung ansehen. Das große Problem

Kontrolle könne als Anfang für die umfassende internationale Kontrolle und deshalb als ein wesentlicher Fortschritt auf dem Wege der internationalen Abrüstung angesehen werden.

Endlich scheint man sich in Paris auch damit abgefunden zu haben, die Verhandlungen über die Revision des Dawes-Plans, die endgültige Festlegung der Gesamthöhe der deutschen Schuld und die sofortige Mobilisierung eines Teils der Dawes-Obligationen

### Der Einigungsplan

P. Paris, 14. September. (Eig. Zus.) Für die Pariser Presse, die heute im schönsten Optimismus schwimmt, ist die Einigung über die Rheinlandräumung und die Revision des Dawes-Planes sozusagen schon eine vollendete Tatsache. Nach übereinstimmender Darstellung der großen offiziellen inspirierten Blätter soll sich diese Einigung, nachdem sich der Reichskanzler bereit erklärt hat, gleichzeitig parallel zur Rheinlandfrage auch die Reparationsfrage behandeln zu lassen und die Festlegung der näheren Einzelheiten einer Sachverständigenkommission zu übertragen, wie folgt vollziehen:

Die Endsumme der deutschen Reparationsverpflichtungen wird endgültig festgestellt, und zwar mit einer derartigen Ermäßigung, daß sich wahrscheinlich auch die normale Annuität (Zahreszahlung), die heute 25 Milliarden beträgt, ebenfalls beträchtlich vermindert. Gleichzeitig wird Deutschland eine neue Herabsetzung versprochen für den Fall, daß die Vereinigten Staaten einer Gesamtliquidierung des Kriegsschuldensproblems zustimmen. Deutschland verpflichtet sich aber, einen Teil der Dawes-Obligationen sofort zu mobilisieren, und zwar vorläufig nur auf europäischen Geldmärkten. Gleichzeitig stimmt Deutschland der Einrichtung einer doppelseitigen Kontrolle am Rhein und an der deutsch-französischen Grenze zu. Zu diesem Zweck wird ein besonderes künftiges Komitee gebildet, das den Namen Konstatierungs- und Versöhnungskomitee tragen soll. Die Kontrollbefugnisse dieses Komitees erstrecken sich auch auf französisches Gebiet. Sobald nun die Sachverständigen, die Anfang Oktober in Paris zusammentreten, die Einigung in allen technischen Einzelheiten festgestellt haben, räumt Frankreich die zweite Zone im Rheinland und gibt gleichzeitig das dritte Versprechen ab, die dritte Zone zu räumen, sobald der von den Sachverständigen aus-